

Standbeinwechsel

Überraschend flink haben sich nach der Bundestagswahl vom 26. September 2021 die politischen und wirtschaftlichen Eliten sowie die Leitmedien darauf verständigt, dass eine so genannte Ampel-Regierung einer Jamaika-Variante vorzuziehen sei.

Den Großen Koalitionen unter Angela Merkel wird nachgesagt, sie hätten einen Reformstau hinterlassen. Die daraus folgenden Aufgaben werden in der veröffentlichten Meinung so beschrieben:

- Der Klimawandel müsse verlangsamter oder sogar gestoppt werden.
- Eine Forcierung der Digitalisierung sei geboten.
- Das so genannte Humankapital – sprich: die Arbeitskraft – müsse kostengünstig zur Verfügung stehen und zugleich aufgefrischt werden.

Angela Merkel brachte gute persönliche Voraussetzungen zur Bewältigung dieser Aufgaben mit. Sehr früh bemühte sie sich um das Image einer „Klimakanzlerin“. Als naturwissenschaftlich ausgebildete Politikerin trug sie das Credo vor, ökonomische und soziale Probleme seien nach Maßgabe technischer Möglichkeiten marktkonform lösbar.

Merkel nahm einige demographische Möglichkeiten und Erfordernisse offenbar deutlicher zur Kenntnis als das Gros ihrer Partei. Die Bundesrepublik war längst schon ein Einwanderungsland geworden, ohne dass die rechtlichen und politischen Konsequenzen daraus gezogen worden wären. Das be- und verhinderte die Integration vieler Migrant(inn)en und ihrer Fami-

lien. Deren Arbeitsvermögen wird weiterhin gebraucht, in Teilbereichen (z. B. der Pflege) sogar zunehmend. Größere Aufgeschlossenheit für Zuwanderung ist deshalb nötig. Sie wird von Teilen der seit langem in Deutschland alteingesessenen Bevölkerung als Bedrohung und Konkurrenz angesehen. Merkels während einer Ausnahme-situation im September 2015 bekundete Bereitschaft zur kurzfristigen Öffnung der Grenzen und zu verstärkter Integration („Wir schaffen das!“) ist als Überforderung wahrgenommen worden und öffnete die rechte Flanke der Union für die AfD.

In einer Jamaika-Koalition würde sich das fortsetzen. CDU und CSU sähen sich mitverantwortlich gemacht für Preiserhöhungen bei Konsumgütern und Mobilität (vom Auto in dünn besiedelten ländlichen Regionen bis zum bislang wohlfeilen Flug in den Urlaub), die mit der Begründung vorgenommen werden, sie seien zwecks Sanierung der Umwelt unvermeidlich. Wohlhabende werden davon weniger betroffen als Arme, die Union verlöre an die AfD noch mehr Anhang in der unteren Mittelschicht und in den Teilen der Arbeiterklasse, die ihr in der Vergangenheit immer wieder einmal ihre Stimme gegeben haben. Fortschritte der Digitalisierung können für einige Zeit zu einer Ausgrenzung von Älteren (sie sind unter den Wähler/innen von CDU und CSU stark vertreten) und weniger gut Ausgebildeten führen.

Eine Regeneration der Union in der Opposition liegt somit in deren eigenem Interesse und erklärt zumindest teilweise, dass sie sich relativ schnell in diese Rolle einzufinden scheint. Es ist wieder einmal ein Standbeinwech-

sel im deutschen Parteiensystem fällig, wie 1969 und 1998.

FDP und Grüne bekommen so ihre Chance. Die SPD gehört für sie zu einer Art Altlast, gilt aber momentan im Vergleich zu CDU und CSU als das kleinere Übel, das in die Regierung mitgenommen werden muss.

Die Grünen profitieren nicht nur von ihrer Kompetenz in der Umweltpolitik, sondern auch von einer langfristigen Entwicklung, die einst Eric Hobsbawm neben dem weitgehenden Verschwinden der Bauern in den kapitalistischen Zentren sogar als Teil einer innerkapitalistischen sozialen Revolution seit 1945 bezeichnete: dem Aufwuchs der Intelligenz zu einer Massenschicht. Aus ihr rekrutiert diese Partei mehr als Union und SPD ihre Basis. Die Angehörigen der neuakademischen Mittelschicht haben im Schnitt ein höheres Einkommen als die lohnabhängigen Arbeiter(innen). Etwaige finanzielle Zumutungen der Umweltpolitik können sie leichter wegstecken. Aufgrund ihrer guten Ausbildung trauen sie sich zu, Herausforderungen der Digitalisierung zu meistern, teils sind sie selbst dort Profis. Gleiches gilt für die FDP, die sich nach wie vor als Interessenvertreterin der Besserverdienenden versteht. Sie und die Grünen präsentieren sich überdies als Jugendparteien, neben denen Union und SPD alt aussehen.

Der sozialdemokratische Kanzler wird unter anderem die Aufgabe haben, die Gewerkschaften stillzuhalten. Insbesondere ein SPD-Arbeitsminister hat für soziale Zugeständnisse im Rahmen des von der FDP Erlaubten zu sorgen. Zwar wird die von 1998 bis 2005 vorgenommene Ramponierung

des Sozialstaats nicht revidiert, aber einige Korrekturen sind zugelassen. Dies war 2015 mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns schon in einer Großen Koalition unter der Kanzlerin Angela Merkel und der Arbeitsministerin Andrea Nahles der Fall. Jetzt soll er auf zwölf Euro pro Stunde erhöht werden.

FDP und Grüne inszenieren sich als die Promotoren einer erhöhten ökologischen und digitalen Fitness des deutschen Kapitalismus. Der SPD fällt zu, die Sozialverträglichkeit dieses Projekts zu gewährleisten. In einer altmodischen Sprache ausgedrückt: Die Bedingungen für den Einsatz von konstantem Kapital sollen verbessert werden: durch pfleglicheren Umgang mit der Biosphäre sowie Effektivierung der digitalen Hard- und Software. Gegenüber dieser Prioritätensetzung mögen die lebendige Arbeitskraft, Gewerkschaften und Sozialdemokratie als subaltern gelten, können aber nicht vernachlässigt werden, zumal auch die Interessen der Stammbeslegschaften in den exportorientierten Unternehmen zu berücksichtigen sind.

Der Einfluss der Kapitalpartei FDP und der Grünen wird die Richtlinienkompetenz des Kanzlers überwiegen. In der SPD gibt es Tendenzen gegen diese Unterordnung. Offenbar hat sie mittlerweile eine eigene interne Jugendbewegung mit Kevin Kühnert an der Spitze. In Berlin scheint sie stark genug, Franziska Giffey zur Fortsetzung der rot-rot-grünen Koalition zu drängen. Eine zusätzliche Drift dürfte dort durch den Volksentscheid für die Enteignung von Immobilienkonzernen wirken. Manuela Schwesig in Mecklenburg-Vorpommern mag sich Hoffnungen machen, dass ihre SPD die arg

geschwächte Linkspartei nach Einbindung in die Landesregierung langfristig aufsaugen kann.

So viel zu den zarten Nuancen in der Innenpolitik. Anders sieht es mit der Haltung zu den internationalen Beziehungen aus. Ob Jamaika oder Ampel: Hier herrscht gemeinsamer Enthusiasmus für einen Zweiten Kalten Krieg, jetzt gegen China und nebenbei noch gegen Russland, und die Militarisierung der Außenpolitik.

Für die Partei DIE LINKE ist eine FDP-Grüne-SPD-Regierung günstiger als Jamaika. Ein Oppositionsführer Olaf Scholz hätte ihr das Wasser abgraben können. Dem künftigen Kanzler dürfte der Verzicht auf die Einführung einer Vermögenssteuer leichtgefallen sein – ein erstes Profilierungsgeschenk für DIE LINKE. Andere werden folgen. Ob diese Partei imstande sein wird, solche Chancen zu nutzen, entscheidet sich nach Maßgabe ihres – zurzeit eher entmutigenden – inneren Zustands.

Georg Fülberth

Wahlverlierer rechts

Die parteipolitische Rechte gehört ohne Zweifel zu den Verlierern der Bundestagswahl. Die Union fuhr mit 24,1 Prozent das historisch schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte ein und erlebte ein Desaster. Die AfD konnte sich mit 10,3 Prozent im zweitstelligen Bereich behaupten und ganz offensichtlich vier Jahre nach ihrem ersten Einzug in den Bundestag auf eine Stammwählerschaft vertrauen. Aber auch sie verlor 2,3 Prozent gegenüber 2017.

Während der CDU nach 16 Jahren in der Regierung der Gang in die Opposition und eine generelle Debatte über die zukünftige inhaltliche und personelle Ausrichtung bevorsteht, ist die AfD mit einem blauen Auge davongekommen. 16 Direktmandate (gegenüber drei 2017) und erste Plätze in Sachsen und Thüringen überdecken grundsätzliche Probleme und werden zu einer weiteren Kräfteverschiebung zugunsten der völkischen Rechten in der Partei führen. Die Übertragung des „Thüringer Wegs“ auf ganz Deutschland, wie von Björn Höcke am Tag nach der Wahl gefordert, wird es in Reinkultur sicherlich nicht geben, aber mit dem Abgang des Kovorsitzenden Meuthen könnte der innerparteiliche Dauerkampf zugunsten eines weiteren Einflussgewinns der extremen Rechten befriedet werden.

2017 waren die zentralen Themen der AfD – Migration und Euro-Rettung – zentrale Wahlkampfthemen. Das war bei dieser Wahl anders, weshalb das Ergebnis von 10,3 Prozent nach wie vor eine erschreckende Stärke für eine Partei mit eindeutigen Bezügen zum Neofaschismus zeigt. Andererseits hat die AfD in fast allen Bundesländern und auch in Ostdeutschland (mit Ausnahme Thüringens) Stimmen verloren. Schlimmer noch, sie hat in keiner Weise vom historischen Einbruch der CDU profitiert, keinerlei Stimmen von der CDU gewonnen und im Gegenteil sogar 80.000 Stimmen an diese verloren. Ganz offensichtlich gelingt es der AfD gegenwärtig nicht mehr, neue Wählerspektren zu erschließen und nach Überzeugung vieler Beobachter und Beobachterinnen hat sie ihr Wählerreservoir weitgehend ausgeschöpft. Damit stellt sich

für die Partei verstärkt die Frage nach der strategischen Ausrichtung: eigene Stärke und perspektivische Dominanz im rechten Lager – so die Vorstellung im Höcke-Lager oder kleinerer Teil eines rechts-konservativen Blocks zusammen mit einer nach rechts verschobenen Union? Für die erste Variante gibt es gegenwärtig wenig Aussicht auf Erfolg, zumal eine ideologisch noch weiter nach rechts verschobene AfD keinerlei Attraktivität in wichtigen Teilen der herrschenden Klasse entfaltet.

Als realpolitische Alternative für eine Rechtsverschiebung des bürgerlichen Blocks zusammen mit der Union käme die AfD erst dann in Frage, wenn sie zentrale politische Lasten beiseite räumt, die konträr zu den Interessen maßgeblicher Teile der herrschenden Klasse stehen: Behinderung der Exportorientierung des Kapitals durch D-Exit-Forderungen; Behinderung des freien Zugriffs auf internationale Arbeitsmärkte und billige Arbeitskräfte durch prinzipielle Ablehnung von Migration; Behinderung der Technologieführerschaft des deutschen Kapitals durch Klimaleugnung und Festhalten an alten Technologien. Gegenwärtig sind die Kräfte in der AfD, die einen solchen Weg gehen wollen, zu schwach. So wird die Partei perspektivisch vor allem den größer werdenden Teil der Bevölkerung binden, der sich prinzipiell vom politischen Betrieb abgewandt hat, in eigenen medialen Welten lebt und einem rationalen Diskurs nur noch schwer zugänglich ist. Die Desintegrationskräfte des globalen Kapitalismus werden dafür sorgen, dass dieses Reservoir der AfD stetig vorhanden ist und möglicherweise auch weiter ansteigen wird.

Hinzu kommt, dass die Partei in der

Opposition künftig mit einer Union um Aufmerksamkeit ringt, die nicht länger an Kompromiss und Rücksichtnahmen in einer Koalition gebunden ist. Noch ist unklar, wie sich die CDU inhaltlich und personell neu aufstellen wird. Zu erwarten ist, dass sie in der Opposition ihre Kernthemen schärfen wird, bei denen sie teils dramatische Kompetenzverluste in den Augen der Bevölkerung erlitten hat: Wirtschaft (-25), Außenpolitik (-17), Kriminalitätsbekämpfung (-15), Asyl/Migration (-15), Steuern (-14) – jeder mögliche neue Vorsitzende wird diese Themen stärken und gegen eine vermeintlich links-liberale Regierung in Stellung bringen und damit auch der AfD Konkurrenz machen, die bisher die einzige Opposition von rechts war.

Die unter Angela Merkel entwickelte „asymmetrische Demobilisierung“ hat sich diesmal voll gegen die CDU gerichtet. Nach 16 Jahren Regierung ist die Partei inhaltlich weitgehend entkernt und musste ohne das Zugpferd Merkel und mit einem schwachen Kandidaten eine nach wie vor schwache SPD an sich vorbeiziehen lassen. Auffällig ist die Geschwindigkeit des elektoralen Einbruchs der CDU. Bis 1994 hatte die Partei (mit Ausnahme 1949) immer Ergebnisse oberhalb der 40 Prozent-Marke geholt. Das hat sie danach nur noch 2013 geschafft, um sich bei diesen Wahlen dem Niveau der SPD mit 24,1 Prozent anzupassen.

Die Verluste der Rechte bedeuten jedoch keineswegs eine Linksverschiebung. Sieht man sich die politischen Lager (CDU/CSU, AfD, FDP = rechts; SPD, Grüne, Linke = links) an, dann halte sich beide Seiten mit ca. 45 Prozent die Waage. Vor vier Jahren lag dieses Verhältnis bei 56:39 für die

Rechte, 2013 bei 52:46 für links. Im links-rechts-Vergleich liegt das Ergebnis im Mittel der Bundestagswahlen generell.

Strategisch wird es mit Blick auf die Rechte darum gehen, einen rechten Mehrheitsblock durch Ausgrenzung der AfD auch weiterhin zu verhindern. Der politischen Rechten im Land gelingt das umgekehrt mit Blick nach links und auf die Linkspartei bis heute sehr gut. Mit der Aussicht auf eine zumindest leichte Rechtsverschiebung der CDU wird das zukünftig nicht einfacher werden.

Gerd Wiegel

Zeit zu begeistern!

In der Tat, es sieht nicht rosig aus, was junge Menschen bei dieser Bundestagswahl „zusammengewählt“ haben. Bei den Erstwähler:innen verbuchen FDP und Grüne jeweils 23 Prozent für sich. Die SPD belegt Platz drei mit 15 Prozent, es folgen CDU/CSU mit 10, Die LINKE mit 8 und die AfD mit 6 Prozent. Bei der Betrachtung der Wähler:innen im Alter von 18–29 Jahren zeichnet sich eine ähnliche Tendenz ab. Zwar können die Grünen Platz eins mit 22 Prozent der Stimmen ergattern, allerdings setzt sich die FDP mit 19 Prozent auf Platz zwei, gefolgt von der SPD mit 17 Prozent auf Platz drei. Deutlich distanziert sind CDU/CSU (11 Prozent), Die LINKE (8 Prozent) und AfD (8 Prozent).

Diese Ergebnisse lassen aufhorchen und waren so sicherlich nicht erwartet worden. Ist die Generation Klimajugend nicht in aller Munde? Möchte sie nicht einen Politikwechsel und ist sie

nicht unzufrieden mit den bestehenden Verhältnissen? Wie kann dann also ein solches Ergebnis zustande kommen?

In den sozialen Medien ließen erste Reaktionen aus dem linken Lager nicht lange auf sich warten: Belehrend, zynisch, desillusioniert und frustriert – so kann man sie sicherlich zusammenfassen. Wer sich allerdings nach dem ersten Schock sortiert und versucht die Wahlentscheidung nachzuvollziehen, findet zum einen sinnvolle Erklärungsansätze und zum anderen mögliche Perspektiven für linke Politik, die eine große Bandbreite junger Menschen anspricht.

Mein Erklärungsansatz fußt auf zwei zentralen Säulen. Zum einen beobachten wir gerade live und in Farbe das Ergebnis einer Generation, die 20 Jahre neoliberaler Hegemonie ausgesetzt war – sowohl materiell als auch kulturell. Zum anderen erklärt sich das Ergebnis aus 12 Jahren Großer Koalition und der eklatanten Schwäche linker Parteien und Organisationen, Gewerkschaften inbegriffen, ein greif- und vermittelbares Projekt gesellschaftlicher Veränderung und Neuausrichtung zu entwerfen.

Das meritokratische Aufstiegsversprechen („Leistung lohnt sich“) sitzt tief in meiner Generation. Es hat nicht nur Arbeitsleben und Wirtschaft verändert, es greift massiv in das Privatleben. So weit, so bekannt. Zu vermuten ist allerdings, dass eine Generation, die, seit sie politisch denken kann, in keiner anderen Welt groß geworden ist als in der neoliberalen, deutlich indoktriniert ist als andere. Die Verheißung von Aufstieg und Selbstoptimierung, sie lauert an jeder Ecke des Alltags. Der Wandel von Social-Media-Plattformen

von Austausch- zu Selbstdarstellungsplattformen ist hierbei sicherlich ein zentraler Punkt. Influencer zeigen, wie scheinbar mit einfachen und vor allem individuellen Mitteln ein Idealzustand erreicht werden kann. Ernährung, Körper, Karriere, Finanzen – es gibt keine Ecke auf Instagram, in der die kapitalistische Optimierung nicht vorgelebt wird. Das prägt. Das Individuum, ich selbst, als das zentrale Problem und der zentrale Akteur, um Probleme zu beheben. Nebenbei erklärt einem noch der „Investmentpunk“ (Instagram-Profil von Gerald Hörhan, nach eigenen Angaben Multimillionär): „Die Wahrheit ist, die meisten reichen Leute arbeiten einfach härter als alle anderen – ein 40 Stunden Job ist ein Teilzeitjob“. Das meritokratische Versprechen, hier wird es zur Religion.

Maurice Laßhof hat in Z 127 gezeigt, dass 80 Prozent der 12- bis 25-Jährigen das Aufstiegsversprechen teilen und glauben, in einer Gesellschaft zu leben, in der alle die gleichen Möglichkeiten haben, ihren Fähigkeiten und Begabungen entsprechend ausgebildet zu werden. Zwar ist die Feststellung richtig, dass „Die Jugend“ nicht existiert, sie ist wie die Gesamtgesellschaft durchzogen von Klassenfraktionen und immerhin 45 Prozent der U30-Jährigen haben im linken Spektrum gewählt. Doch die neoliberale Ideologie zieht sich quer durch alle Klassenfraktionen. Gepaart wird dies mit einer Corona-Politik, die junge Menschen über einhalb Jahre auf das Abstellgleis setzte. Erst jetzt gibt es zaghafte Öffnungsstrategien von Bildungseinrichtungen, doch die Einschränkungen für junge Menschen bleiben massiv. Bei Bildung und Jugend regiert der Sparfuchs. Der Modus „Dauerkrise“ hält an. Auf ei-

nem solchen Nährboden kann die FDP mit dem Freiheitsnarrativ in bestimmten Altersgruppen letztlich Wahlergebnisse jenseits der 20 Prozent erzielen.

Wollen linke Parteien, Organisationen und Verbände diesen Nährboden austrocknen, müssen sie sich auf ein greifbares Projekt einigen. Bisher ergehen sich die Akteure allerdings im Klein-Klein. Sie treiben eine ausdifferenzierte Programmatik voran, ohne das Konglomerat an Einzelmaßnahmen in einen sinnvollen Guss eines alternativen gesellschaftlichen Projekts zu schmieden. Wie überzeugend ist es, einfach immer nur mehr zu fordern als die anderen, selbst wenn es nötig ist? Gründe Die LINKE zu wählen sind sicherlich nicht 13 statt 12 Euro Mindestlohn. Die Forderungen an sich sind nicht falsch und zu begrüßen. Die gesellschaftspolitische Vision fehlt jedoch völlig. Wo will die gesamte politische Linke hin mit dieser Gesellschaft und diesem Land?

Auf diese Frage braucht es endlich eine mutige Antwort. Mutig deshalb, weil sich die Organisationen trauen müssen, eine konkret ausbuchstabierte Gesellschaftsform abseits des Kapitalismus klar zu benennen. Das birgt jedoch auch riesige Chancen. Junge Menschen lechzen nach einer ernsthaften Alternative. Deshalb wählten sie Oppositionsparteien, die eine klare Vision vertraten, nach vorne. Deshalb wählt eine abgehängte Ost-Jugend die AfD auf Platz eins. Die Grünen legen ihr Projekt des Grünen Kapitalismus vor, die FDP reitet erfolgreich das liberale Freiheitsnarrativ und die AfD beschwört eine Vergangenheit, die es so nie gab. Das funktioniert. Freiheit, Selbstverwirklichung und eine sichere Zukunft spielen bei den nachkommen-

den Generationen eine zentrale Rolle. Von den Parteien verlangen sie eine Vision, die sie überzeugt. Es sind die großen Fragen, die in diesen Zeiten einer Antwort bedürfen. Dem steht eine solidarische Gesellschaft abseits des Kapitalismus aber nicht entgegen. Im Gegenteil! Freiheit und Selbstverwirklichung für die Vielen sind im Kapitalismus nicht möglich. Soll ein linkes Projekt erfolgreich und modern in weite Teile der Gesellschaft vordringen, soll es junge Menschen erreichen, muss es raus aus der Schmuttel-Ecke. Es ist Zeit, sich den Begriff der Freiheit zu eigen zu machen, ihn umzudefinieren und zu einem zentralen Ausgangspunkt eines positiven linken Populismus zu machen. Es ist Zeit zu begeistern.

Joshua Seger

Parteienerosion oder: Die Krise der Willensbildung

Nicht nur die jüngste Bundestagswahl hat gezeigt, dass die politischen Parteien in der Bundesrepublik zunehmend weniger in der Lage sind, die Funktionen, die ihnen vom Grundgesetz zugeschrieben werden, zu erfüllen. Dort heißt es: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen.“ (GG Art. 21, Abs. 1) In diesen Formulierungen wird politischen Parteien nicht nur eine Scharnierfunktion zwischen den Institutionen des parlamentarischen Staatswesens und der „Zivilgesellschaft“ zugeschrieben. Indem es die *Mitwirkung* an der „Willensbildung“ normiert, widerspricht

das Grundgesetz *explizit* einer Position, die Parteien darauf reduziert, Wahlvereine zu sein, die als Anbieter politischer Angebote um Stimmen und Stimmungen konkurrieren. Ernstgenommen setzt die Mitwirkung an politischer Willensbildung *Organisationsfähigkeit* – auch über einen engeren Bereich der Mitgliedschaft – voraus. Klassischerweise gelten Parteien in diesem Sinn als Kristallisationen gesellschaftlicher Klassen, kultureller Milieus und sozialer Interessen. Sie sind Orte der Ausarbeitung politischer Programme und Sozialisationsagenturen für ihre Mitglieder.

Soweit sie Listen für Parlamentswahlen aufstellen, kommt ihnen darüber hinaus die Aufgabe zu, die Repräsentation der von ihnen organisierten gesellschaftlichen Kräfte im Parlament zu garantieren. Hier ist das Grundgesetz unscharf. Sowohl die oben zitierte Rede von der „Willensbildung des Volkes“ als auch das Postulat, Aufgabe des einzelnen Angeordneten sei es, „das ganze Volk“ zu vertreten (Art. 38), legt ein konsensualistisches Demokratieverständnis nahe, das die Spaltungen in antagonistischen Gesellschaften übersieht. Umso bedeutender ist die Rolle, die den Parteien zugesprochen wird. Ihre Mitwirkung an der Willensbildung – so die durchaus übliche politikwissenschaftliche Lesart – besteht nicht zuletzt darin, den politischen „Pluralismus“ in der bürgerlichen Demokratie zu verkörpern. Dies gilt selbst dort, wo so genannten „Volksparteien“ die Fähigkeit attestiert wird, in ihrem Inneren soziale Klassenunterschiede und weltanschauliche Differenzen in politischen Kompromissen zu überbrücken. Dass ihnen dies schon seit längerem nicht

mehr gelingt, wurde in der Politikwissenschaft freilich vielfach betont.

Was sich gegenwärtig vollzieht reicht jedoch tiefer als die üblichen Diagnosen einer Krise des Volksparteienmodells. Wie gerade auch der vergleichende Blick nach Italien und Frankreich zeigen mag, steht nicht nur die *Moderationsfähigkeit* von „Volksparteien“ zur Disposition, sondern erodiert die Organisationsfähigkeit von politischen Parteien überhaupt zunehmend. Wahlen werden unberechenbar. Ihr Ausgang erscheint mehr oder weniger zufällig. Einige mögen dies für einen Ausweis lebendiger Demokratie halten. In Wirklichkeit aber ist es – zu Ende gedacht – die Auflösung jeder organisationsvermittelten Willensbildung. Die hinter dieser Verwandlung stehenden Prozesse sind freilich weder bedeutungslos noch zufällig. Der „Scholzeffekt“ ist dafür ein ebenso beredtes Beispiel wie die (vorhersehbare) Krise der CDU nach dem Ende der Merkel-Regierung. In beiden Prozessen artikuliert sich eine unverkennbare Transformation von Sozialstrukturen und weltanschaulichen Milieus. So wenig der sich gerade vollziehende Niedergangsprozess der CDU verstanden werden kann, wenn man die tiefe Krise ignoriert, in der sich derzeit auch der Katholizismus befindet, so wenig lässt sich der Krisenprozess, in dem sich SPD und Linkspartei befinden allein auf Fehler verantwortlicher Akteure reduzieren. Die aus der sozialistischen Arbeiterbewegung hervorgegangenen politischen Parteien – nahezu unabhängig davon, ob es sich bei ihnen um sozialdemokratische oder kommunistische Parteien handelte – zehrten vielleicht sogar stärker als ih-

re bürgerlichen Kontrahenten von einer milieubildenden Klassenkultur. Im Fall der SPD überlebten zumindest starke Elemente dieser Kultur die selbsterklärte Verwandlung zur „Volkspartei“ in Godesberg. Auf die tiefgreifenden Transformationsprozesse der Klassenstruktur spätestens seit den achtziger Jahren wusste die deutsche Sozialdemokratie indes nicht mehr zu reagieren. Der Versuch Schröders, die SPD auf einem so genannten „Dritten Weg“ „als Genossin der Bosse“ zu „erneuern“, erwies sich als Beschleuniger des Niedergangs. Der fragile Wahlerfolg von Scholz ändert an diesen strukturellen Problemen nichts – zumal die SPD, die künftig den Kanzler stellen darf, in der Ampel zum Anhängsel von FDP und Grünen zu werden droht. Dass gerade jene Kräfte eines sich vereinigenden deutschen Liberalismus, deren Anhängerschaft politischen Organisationen und programmatischer Verbindlichkeit ohnedies skeptisch bis feindlich gegenübersteht, zulegen konnten, überrascht kaum. Die Differenz zwischen Umfragewerten und Wahlergebnis im Fall der Grünen hat einmal mehr gezeigt wie Strohfeuer hier als Wärmequelle dient.

Freilich ist es auch der Linkspartei nicht gelungen, sich als organisationspolitischer Kristallisationspunkt einer Klassenkultur zu behaupten. Das Milieu, das einst die PDS im Osten getragen hat, bricht aufgrund seiner Altersstruktur zunehmend weg. Als Desiderat zeigt sich nun die geringe Fähigkeit der Partei, milieuprägend zu wirken. Eine dauerhafte Stabilität von Mitgliedschaft und Wahlergebnissen lässt sich aber weder durch eine bloße Sammlung externer politischer Sozia-

lisations- und Bewegungserfahrungen herstellen, noch dadurch erreichen, als Advokat der „zu kurz Gekommen“, das zu sagen, von dem man glaubt, dass „kleine Leute“ es hören wollen. Die Zukunft der Linkspartei hängt davon ab, ob ihr die Mammutaufgabe gelingt, sich gegen den Gesamttrend als eine organisierende und willensbildende Kraft zu behaupten und mit einem eigenen, erkennbaren Programm, das politisch konsistent und weltanschaulich attraktiv ist, in Stadtteilen, Betrieben und sozialen Bewegungen zu verankern.

David Salomon

Mali: Machtansprüche und Externalisierung

Am 13. Oktober 2021 veranstaltete die Bundesregierung einen so genannten großen Zapfenstreich und erhob damit den Anspruch, den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan zu würdigen und der in diesem Krieg gefallenen deutschen Soldaten zu gedenken. Da wurde auch vermeintlich selbstkritisch auf die von der Politik formulierten Ziele und Erwartungen an den Einsatz geblickt. Doch für Bundespräsident Steinmeier stand trotzdem fest: „Ich hoffe, dass wir in 20 Jahren nicht auf diese Wegscheide zurückblicken und sagen: Resignation und Rückzug war die Antwort auf Afghanistan [...] Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik nach Afghanistan muss ehrlicher, klüger und stärker werden.“

Immer wieder fiel in diesem Zusammenhang auch das Stichwort „Mali“. Auch dieser Einsatz gehöre auf den Prüfstand, meinte der Bundespräsi-

dent. Genau genommen handelt es sich dabei um zwei Einsätze, für die zusammen bis zu 1.700 deutsche Kräfte mandatiert sind. Tatsächlich läuft die westliche Intervention in der sogenannten Sahel-Region spätestens seit 2016 völlig aus dem Ruder. Das in Mali von der EU ausgebildete und von Deutschland unter anderem im Zuge der „Ertüchtigungsinitiative“ ausgerüstete Militär hat sich trotz internationaler Kritik an die Macht geputscht. Die Zahl und der Aktionsradius der bewaffneten aufständischen Gruppen wachsen, während die Bewegungsfreiheit der internationalen Truppen immer kleiner wird. Damit schwinden auch die Möglichkeiten des flankierenden Staatsaufbaus. Dementsprechend wird das Vorgehen „robuster“. Hoffnung setzt man nun vor allem auf den Ausbau der (ersten) europäischen Spezialkräfte-Mission „Takuba“. Ende März bestätigte die UN-Mission MINUSMA – an der Deutschland beteiligt ist – vor Ort, was die französische und deutsche Regierung zuvor als Propaganda im Dienste des Terrors zurückgewiesen hatten: dass die französische Luftwaffe am 3. Januar 2021 nahe dem Ort Bounti versehentlich eine Hochzeitsfeier bombardiert hatte. Solche Luftangriffe sind in Mali längst keine Ausnahme mehr – das französische Verteidigungsministerium gibt anschließend die Zahl der „neutralisierten“ Aufständischen (und ihrer Fahrzeuge) typischer Weise in Dutzenden an.

Selbst regierungsnahe Thinktanks und Angehörige der „Sicherheitspolitischen Community“ sprechen mittlerweile von einem kontraproduktiven Einsatz, von vage definierten und un-

erreichbaren Zielen und warnen vor einem „Mission Creep“: einer fortgesetzten Ausweitung eines militärischen Einsatzes infolge seines faktisch bereits erfolgten Scheiterns. Das Magazin des Reservistenverbandes der Bundeswehr mit dem vielsagenden Namen „loyal“ hatte bereits Anfang 2017 seinen Leitartikel zum Schwerpunkt „Im malischen Treibsand“ mit dem Titel „Mission Impossible?“ überschrieben. Eigentlich gute Ausgangsbedingungen für eine neue Bundesregierung, um die Reißleine zu ziehen. Doch das ist aus zwei Gründen unwahrscheinlich.

Denn die kommende Bundesregierung wird sich vermutlich aus Grünen, FDP und SPD zusammensetzen. Vor allem die beiden „Königsmacher*innen“ in diesem Trio versprechen, den Zielkonflikt zwischen Ökologie und Wachstum durch technologische Innovationen und damit verbundene Subventionen aufzulösen – z. B. die Stahlindustrie bei der Umstellung auf „grünen Wasserstoff“ oder die Automobilindustrie bei der Umstellung auf Elektromobilität zu unterstützen. Es handelt sich dabei um eine Externalisierungsstrategie, bei der die Kosten für Energie- und Rohstoffgewinnung Drittstaaten aufgebürdet und obendrein hierzulande öffentliche Mittel in private Profite umgewandelt werden. Doch diese Externalisierung braucht auch konkrete Räume, und dafür bieten sich für Europa aus einer nach wie vor kolonialen Sicht „die ungenutzten Flächen“ (ingenieur.de) in der Sahel-Region an. Bereits seit Jahrzehnten bezieht Frankreich den Rohstoff seiner nuklearen Energiegewinnung zu großen Teilen aus Niger. Ende der Nullerjahre formierte sich das deut-

sche Kapital unter dem Schlagwort Desertec, um „Wüstenstrom“ aus Afrika nach Europa zu importieren. Was damals noch durch ein Hochspannungs-Übertragungsnetz realisiert werden sollte, soll nun in Form von grünem Wasserstoff klimaneutral über Pipelines und Tanker die Kontinente über jenes Mittelmeer verbinden, das die EU gegenüber den Menschen aus Afrika in ein Massengrab verwandelt hat. Damals wie heute werden diese Externalisierungsstrategien getragen durch eine öffentliche Forschungspolitik, die diese großtechnischen Lösungen vorbereitet. Kürzlich etwa hat die Abteilung „Techno-ökonomische Systemanalyse“ des Forschungszentrums Jülich im Zuge der Wasserstoffstrategie der Bundesregierung einen H₂-Atlas Afrika veröffentlicht – ein interaktives Werkzeug, mit dem sich für die Mitgliedstaaten der ECOWAS die Potentiale zur Gewinnung von Wasserstoff, Wind- und Solarenergie anzeigen lassen – in Preisen, die z.B. Transport-, Wasser- und Umsiedelungskosten nicht einkalkulieren. Aktuell verspricht das australische Bergbauunternehmen Firefinch Ltd., ab 2023 auch einen hochgradig kritischen Rohstoff der Elektromobilität in der Region zu gewinnen. Im Süden Malis soll auf 100 qkm eine Lithium-Mine entstehen, die mit Wasser aus dem Selingue-Damm versorgt wird (der mit sehr begrenztem Zufluss bislang eine zentrale Rolle für die Landwirtschaft in verschiedenen Teilen des Landes spielt).

Auch jenseits dieser Externalisierung spielt die sogenannte Sahel-Region für die Europäische Union eine herausragende Rolle – und zwar für ihre nach wie vor im Entstehen begriffene

gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Nirgendwo sonst kann dem immer wieder erhobenen und bekräftigten Gestaltungsanspruch Ausdruck verliehen werden. Zumindest aktuell scheint undenkbar, dass sich die EU im „Nahen Osten“ oder an den Grenzen zu Russland „auf Augenhöhe“ mit der NATO „engagiert“. Zumindest in Teilen lässt sich die Transformation der Region in ein Kriegsgebiet auch aus diesem Anspruch erklären. Die „Europäische Sicherheitsstrategie“ von 2003 erklärte „Scheiternde Staaten“ zum wahrscheinlichsten Einsatzgebiet für „ein sicheres Europa in einer besseren Welt“. Nach einigen kurzfristigen „Übungseinsätzen“ – ebenfalls überwiegend auf dem afrikanischen Kontinent – veröffentlichte der eben erst aufgestellte Europäische Auswärtige Dienst im März 2011 seine erste Regionalstrategie „für Sicherheit und Entwicklung im Sahel“. Diese sah bereits eine umfangreiche Aufrüstung und Umstrukturierung der Region vor mit dem expliziten Ziel, „die Basis für Handel und Investitionen aus der EU [zu] schaffen“. Dass tatsächlich zeitgleich die NATO unter französischer Führung Libyen bombardierte und damit wesentlich die seitdem stattfindende Eskalation in Gang setzte, muss zumindest erwähnt werden – ohne einen Zusammenhang zu suggerieren. Denn Geopolitik folgt nicht großen Plänen, sondern entfaltet sich aus Widersprüchen, meist als Tragödie.

Dass die Tragödie in Mali und den Nachbarstaaten vermutlich anhalten wird, ist letztlich auch dem Denken geschuldet, das eine sich jung, „europäisch“ und progressiv gebende Partei (Volt) auf Wahlkampf-Plakaten als

Maxime formulierte: „Europäisch denken – global handeln“.

Christoph Marischka

Mediale ‚Narrative‘ zum Krieg in Afghanistan

Mein Papa ist Soldat war der Titel eines 2009 in München erschienenen Kinderbuchs. Fabians Papa half bereits „mit Soldaten aus der ganzen Welt [...] den Menschen im Kosovo, um wieder friedlich miteinander leben zu können“. Nun geht er in ein Land, von dem Fabian noch nie etwas gehört hat: Afghanistan. „Die Familien dort sind noch viel ärmer und können ohne unsere Unterstützung kein normales Leben mehr führen. [...] Papa ist Bautechniker. Er soll mit anderen Soldaten Krankenhäuser und Schulen wieder aufbauen.“ Bevor der Vater abfliegt, wird Fabian mit seinem Helm fotografiert.¹

Das sich als kindisch erweisende „Narrativ“ vom humanitären Einsatz in Afghanistan war bindend für die öffentlich-rechtlichen Medien. Das Militärische sollte nicht im Fokus stehen. Umso mehr mag erstaunen, dass nicht nur linke Medien diesen Mummenschanz nach 9/11 verweigerten und durchaus von einem bevorstehenden Krieg sprachen. *BILD* log in diesem Falle keineswegs und präsentierte sofort die Version der USA vom notwendigen Rachefeldzug. Nachdem Peter Scholl-Latour am 12. September die Frage, ob es zum „Krieg“ käme, diesen noch für

¹ Erwin Winner: *Mein Papa ist Soldat*. Mit Zeichnungen von Jürgen Raabe, München 2009 [2. A.], S. 6-9.

unklug erklärte², wird einen Tag später bereits zur Offensive geblasen: *Jetzt entbrennt der Kampf gegen das Böse. Die Bürger fordern Vergeltung!*³. Am 14. September wird der Verteidigungsminister gefragt: *Muss Deutschland jetzt in einen Krieg ziehen?* Rudolf Scharping antwortet: „Wir werden die USA unterstützen“ und teilt mit, dass die Bereitschaft der Bundeswehr bereits erhöht wurde. Und schon am 17. September heißt es: *Krieg gegen die Taliban: Amerikas Elite-Vergeltungsschlag*. Jürgen Todenhöfer und Oskar Lafontaine dürfen davor noch warnen. Aber Peter Gauweiler fordert, „58.000 extremistische Ausländer“ auszuweisen und behauptet: „Wer keinen Atomkrieg will; muss wieder kämpfen lernen.“ Er plädiert dafür, die Bundeswehr zur Berufssarmee zu machen.⁴ Nachdem der Bundestag „mit überwältigender Mehrheit den Weg für deutsche Militärhilfe für einen Vergeltungsschlag gegen die Terroristen“ freigegeben hatte, meldet *BILD* am 20. September auf Seite 1 ein Statement von Kanzler Schröder: „Wir befinden uns nicht im Krieg gegen einen Staat.“ Dennoch wird auf Seite 2 neben einem Foto von smarten KSK-Soldaten spekuliert: *Greifen sich deutsche Elite-Soldaten Osama bin Laden?*

Von einem humanitären Einsatz wird in *BILD* nicht geschwafelt.

Im Unterschied zu *BILD* fanden in der

Tageszeitung in den ersten Wochen nach 9/11 Diskussionen über Menschen- und internationales Völkerrecht statt. Neben kriegskritischen Lesern kamen Intellektuelle zu Wort, die vor einem militärischen Rachefeldzug und desaströsen Auswirkungen auf die afghanische Zivilbevölkerung warnten. Am 17. September wird über eine Demonstration von Afghanen, Friedensaktivisten und Künstlern in Hamburg berichtet, die zur Trauer über die Opfer von 9/11 aufriefen und zugleich vor kriegerischen Konsequenzen mit vielen Toten warnt.⁵ Am selben Tag erinnern sich ältere Frankfurter „an ihre Nächte im Luftschutzkeller und das Gefühl des Ausgeliefertseins. Sie hoffen auf ein Innehalten der westlichen Welt.“⁶ Und in der TAZ vom 20. September meinen junge Musical-Darsteller, dass „Bush jetzt jede Menge Ärger“ habe. „Ein Vergeltungsschlag“ aber, „würde viele unschuldige Menschen treffen.“⁷

Nachdem am 20. September in der TAZ über Geheimgespräche der USA mit der rot-grünen Bundesregierung „über einen möglichen Einsatz der Bundeswehr-Elitetruppe Kommando Spezialkräfte“ informiert wurde,⁸ musste sich

² Peter Scholl-Latour erklärt die Welt, *BILD*, 13. 11. 2001, S. 5.

³ Wenn nicht anders angezeigt, stammen die Zitate aus *BILD* (ungezeichnete Artikel der Redaktion).

⁴ Peter Gauweiler: „Mein Herz schlägt rechts“ [Gegenkolumne zu Oskar Lafontaines Kolumne „Mein Herz schlägt links“].

⁵ H. Dierbach, A. Speit und G. Knödler: „Andere Opfer nicht vergessen“ AfghanInnen, Friedensbewegung und KünstlerInnen demonstrieren gegen Eskalation der Gewalt und Antislimismus, TAZ (Hamburg) v. 17.9.2001, S. 21.

⁶ Heide Platen: Angst kann man keinem erklären. Ältere Menschen erinnern sich, TAZ v. 17.9.2001, S. 11.

⁷ Petra Welzel: „Bush hat jetzt jede Menge Ärger“ Die Musical-Darsteller Ian, Aljoscha, Julia und Noredin verstehen die Erwachsenen nicht: Ein Vergeltungsschlag würde viele unschuldige Menschen töten (Interview), TAZ v. 20.9.2001, S. 10-11.

⁸ Angefordert? Deutsche Spezialtruppe KSK

die Zeitung in dem Spagat üben, die überwiegend pazifistische Leserschaft bei der Stange zu halten und die Loyalität zu den Grünen zu erhalten.

Das Narrativ vom humanitären Einsatzziel, das sogar eine „solidarische Globalisierung“ befördere, lieferte zwei Tage später Daniel Cohn-Bendit. „Unsere Gutmenschennaivität übermannt uns. Am liebsten würden wir mit dem Fallschirm ein Heer von Sozialarbeitern und Entwicklungshelfern über Afghanistan absetzen, um die Taliban zu belehren und die Terrorgrupies Bin Ladens umzuerziehen. In einer solchen Situation müssen die Grünen, müssen wir, muss Joschka Fischer sich dem Bedürfnis nach Orientierung und Diskurs stellen.“ Es gehe hier nicht nur um militärisch nötigen Antiterrorkampf. Cohn-Bendit erwägt, ob das Taliban-Regime nicht gestürzt werden könne. Deshalb „müsste der Befreiungskampf der afghanischen Opposition mit Flugzeugen, Waffen und Soldaten unterstützt werden.“ So gelangte die Rechtfertigung des militärischen Engagements als humanitäres Narrativ auch in die TAZ. Dagegen an schrieben fortan empörte Leser:innen und die tapfere Bettina Gaus.

Bemerkenswert ist noch, dass Cohn-Bendit schon damals den heute aufgefrischten Wunsch der europäischen Kriegsfraktion formulierte: „Die sich jetzt durchsetzende militärische Kooperation bietet die Chance, dass die US-Amerikaner endlich verstehen, dass die Alliierten keineswegs nur Befehlsempfänger sind.“⁹ Dieses fromme

Streben wurde ebenso wenig Realität wie die Kriegsziele selber.

Zudem stellt sich die Frage, ob Fabians Papa einigermaßen unversehrt nach Hause kam.

Wer nach der Niederlage in öffentlichen oder auch privaten Medien nach Ursachenforschung oder nur einer realistischen Darstellung der mörderischen Raserei in Afghanistan sucht, findet so gut wie nichts. Es fehlt auch jede Auseinandersetzung mit den großmundigen Verlautbarungen von 2001. Nicht einmal für ein Durchatmen ist Zeit. Eiligst werden neue Narrative von Bedrohungen geschaffen, um dem Steuerzahler die Vergeudung von 2 Prozent des Haushalts für die Aufrüstung aufzubürden.

Sabine Kebir

(AP/DPA), TAZ, 20.9.2001, S. 3.

⁹ Daniel Cohn-Bendit: Für eine solidarische Globalisierung., TAZ 22.9.2001, S. 4.